



# Krach ums Rauchverbot

## Landes-FDP ist dagegen, droht mit Aus der Koalition

**Stuttgart – Die mitregierende FDP hat mit dem Verlassen der Landesregierung gedroht, falls die CDU mit Hilfe der SPD ein komplettes Rauchverbot für die Gastronomie in Baden-Württemberg erlassen will.**

VON FRANK KRAUSE

„Das wäre das Ende der Koalition“, sagte FDP-Landtagsfraktionschef Ulrich Noll am Donnerstag in Stuttgart. Mit Wirtschaftsminister Ernst Pfister erneuerte er nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Forderung, wonach Wirte in kleinen Kneipen künftig selbst entscheiden sollen, ob sie das Rauchen in ihrem Lokal zulassen. Diese Gaststätten müssten entsprechend gekennzeichnet werden.

Die SPD forderte am Donnerstag ein komplettes Rauchverbot; Fraktionschef Claus Schmiedel bot der CDU dafür sogar die Unterstützung im Landtag an. Sozialministerin Monika Stolz (CDU) hatte sich aus Gründen des Gesundheitsschutzes für ein generelles Rauchverbot ausgesprochen.

Nach Informationen unserer Zeitung wird es dazu aber nicht kommen. Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung soll am 19. August erste Details für ein neues Gesetz vorlegen. Dabei plant das Land kein generelles Rauchverbot, sondern Ausnahmen für Einraumkneipen. Einziger Wermutstropfen für die Wirte: Die 139 bisher bezahlten Bußgelder in Stuttgart werden nicht mehr rückerstattet.

*Landesnachrichten Seite 8  
Stuttgart Seite 21*

Cannstatter Zeitung vom 01.08.2008

# Noll warnt vor wechselnden Mehrheiten

## SPD-Fraktionschef Schmiedel macht CDU Angebot für umfassendes Rauchverbot

**Stuttgart (lsw) – Nach dem Karlsruher Urteil gegen das Rauchverbot in kleinen Kneipen macht die FDP dem Koalitionspartner CDU Dampf. FDP-Fraktionschef Ulrich Noll warnte die CDU davor, mit der Opposition im Landtag ein generelles Rauchverbot zu beschließen.**

„Das wäre das Ende der Koalition. Wechselnde Mehrheiten sind in der Koalition grundsätzlich nicht akzeptabel“, sagte er gestern in Stuttgart. Die Liberalen bestehen auf Ausnahmen für Ein-Raum-Kneipen, während Sozialministerin Monika Stolz (CDU) und Teile der CDU-Fraktion für ein komplettes Rauchverbot in kleinen Kneipen eintreten. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hatte der CDU Unterstützung für ein generelles Verbot der Glimmstängel angeboten. Die Grünen-Fraktion will einen eigenen Gesetzentwurf für ein Totalverbot vorlegen. Auch Ärzte und Krankenkassen plädieren für eine strikte Lösung ohne Ausnahmen.

Das Verfassungsgericht hatte das baden-württembergische Nichtraucherschutzgesetz teilweise gekippt. In dem Urteil lassen die Richter

zwei Wege zu: Entweder überlassen die Länder es den Wirten kleiner Kneipen, in ihrem Lokal das Rauchen zu erlauben, oder sie verbannen den blauen Dunst vollständig aus der Gastronomie. Noll sagte mit Blick die CDU: „Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte es dieses Urteil nicht geben müssen.“

Noll betonte: „Ich gehe davon aus, dass Konsens darüber besteht, dass wir kein striktes Rauchverbot verabreden haben.“ Ministerin Stolz müsse sich an die Koalitionsvereinbarung halten. Schon vor der Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes vor einem Jahr habe ihre Position keine Mehrheit in der CDU-Fraktion gehabt. Für Ausnahmen sind auch der Generalsekretär der Landes-CDU, Thomas Strobl und die Kommunalpolitiker in der CDU. Laut Noll sollen Wirte kleiner Kneipen künftig entscheiden können, ob sie das Rauchen erlauben wollen. Raucher-Kneipen, die kein typisches Speiselokal sein dürften, müssten dann gekennzeichnet werden. Dies entspricht der „spanischen Lösung“. Diese gebe dem Wirt und den Gästen ohne allzu große Bevormun-

dung die Wahlfreiheit.

Die AOK, die Techniker Krankenkasse, der Landesverband der Betriebskrankenkassen und die Landesärztekammer dringen dagegen mit Blick auf nikotinbedingte Erkrankungen und enorme Kosten für deren Behandlung auf ein ausnahmsloses Rauchverbot. Der Vizechef der Landes-AOK, Christopher Hermann, verwies darauf, dass die volkswirtschaftliche Belastung durch Rauchen bei 20 Milliarden Euro im Jahr liege: „Nimmt man einmal an, keiner würde mehr rauchen, könnte man den Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung um zwei Punkte senken.“ Rauchen könne nicht nur zu Lungenkrebs, sondern auch zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Asthma und anderen Atemwegserkrankungen führen. Der Vizepräsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg, Ulrich Clever, sagte: „Aus unserer Sicht kann es nur ein umfassendes Rauchverbot geben und keine Insel-Lösungen in den Bundesländern.“